

## **Mainzer Erklärung der Jungen Union Heidelberg**

Die Junge Union Heidelberg hat auf ihrer Klausurtagung am 7. und 8. November 2015 in Mainz folgendes Papier beschlossen:

### **Gesundheit und Ernährung**

Die JU Heidelberg spricht sich gegen jeglichen Zwang aus, der der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Gesundheit und Ernährung auferlegt wird. Jeder Bürger ist diesbezüglich frei und kann selbst entscheiden, was er gut für sich hält und was nicht.

Wir lehnen eine finanzielle Bevorzugung bei Krankenkassenbeiträgen als Folge einer Datenübermittlung durch „Fitness-Armbänder“ aus Datenschutzgründen ab. Gesundheitsdaten sind in einem System gesetzlicher Krankenversicherung keine Ware.

### **Energie und Umwelt**

Um kommenden Generationen eine lebenswerte Erde zu hinterlassen, müssen wir unsere Umwelt erhalten und schützen. Die Bewahrung der Schöpfung ist einer unserer grundlegenden Orientierungspunkte. Die JU Heidelberg sagt deshalb „Ja“ zu einer durchdachten und gutorganisierten Energiewende und der Begrenzung des Klimawandels. Gleichzeitig sind die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie stets zu gewährleisten. Auf dem Weg zu einem regenerativen Strommix sollten keine Energieträger pauschal ausgeschlossen werden.

Nicht zuletzt sind uns auf kommunaler Ebene insbesondere Umweltaspekte wie Luft- und Wassersauberkeit und die Minimierung vermeidbarer Lärmemissionen wichtig, um allen Bürgern eine gesunde Umwelt zu gewährleisten, in der sie sich wohlfühlen.

Die Windkraft leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiewende, da sie, insbesondere in windreichen Gebieten wie in Norddeutschland, mittlerweile auch ohne Subventionen konkurrenzfähig ist. In Heidelberg stellt sich die Situation allerdings anders dar, die

Anlagen arbeiten trotz Subventionen, die wir alle bezahlen müssen, am Rande der Wirtschaftlichkeit und es kommt zu massiven Eingriffen in die Natur und das Landschaftsbild. Die JU Heidelberg lehnt daher das Aufstellen von Windrädern und die geplanten Konzentrationszonen somit unter den aktuellen Voraussetzungen klar ab.

## **Wirtschaft**

Die JU Heidelberg spricht sich für ein vom Finanzministerium unabhängiges Wirtschaftsministerium aus. Der Wirtschaftsminister soll als Ansprechpartner für Forschung, Industrie und Mittelstand dienen und nicht den Landeshaushalt verwalten.

Der Vernachlässigung von Baden-Württemberg als Industriestandort durch die grün-rote Landesregierung muss mit einem starken Wirtschaftsminister begegnet werden. In diesem Zusammenhang muss die aufgeblähte Bürokratie abgebaut werden und eine klare Aufgabenverteilung an die einzelnen Ministerien gewährleistet sein. Sollte ein sogenanntes Trendforschungszentrum eingerichtet werden, sprechen wir uns für Heidelberg als Standort aus.

Die Idee der sozialen Marktwirtschaft muss wieder in den Vordergrund gerückt werden. Gerade im „Musterländle“ Baden-Württemberg ist der Blick für das Wesentliche in den vergangenen Jahren jedoch verloren gegangen. Die JU Heidelberg fordert daher zum einen weniger Regularien bei Firmenneugründungen sowie die Förderung von Start-Ups und Programme zur finanziellen Unterstützung von Jungunternehmern. Junge Unternehmer sollen durch Innovationsnetzwerke und -messen unterstützt werden. Auch eine Vereinfachung von Patentverfahren regen wir an. Diese Förderung soll aber nicht nur technologischen Start-Ups gewährt werden, auch klassische Unternehmensgründungen brauchen Unterstützung.

Zum anderen fordern wir, dass der Mittelstand als Innovationsmotor wieder stärker in den Fokus gerückt wird. Lokale Unternehmen und sozialverträgliche Produktion müssen stärker gefördert werden. Subventionen hingegen lehnen wir als unzulässigen Eingriff in

den freien Markt ab. Auch zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise kann der Mittelstand durch Beschäftigung von anerkannten Asylbewerbern beitragen.

Wir fordern, dass Steuerschlupflöcher für international agierende Unternehmen geschlossen werden. Gewinne müssen in dem Staat versteuert werden, in dem sie erzielt werden.

Berufliche, aber auch politische Bildung von Arbeitnehmern erachten wir für förderungswürdig. Allerdings soll es dem Arbeitgeber überlassen bleiben, ob und inwieweit die jeweilige Weiterbildung dem Unternehmen zugutekommt. Einen pauschalen Lohnfortzahlungsanspruch für jede Art der Weiterbildung lehnen wir daher ab.

Die JU Heidelberg fordert, Maßnahmen zu ergreifen, die es für ausländische Studenten attraktiver macht, im Land zu bleiben um eine Abwanderung zu verhindern. Hierzu müssen sprachliche und bürokratische Barrieren aufgehoben werden, eine engere Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Hochschulen etabliert werden und ein Förderprogramm für den Berufseinstieg nach dem Studium eingeführt werden.

### **Feierkultur**

Die JU Heidelberg steht zu der aktuell geltenden Sperrzeitenregelung in der Altstadt, die wir mit initiiert haben. Im Dialog mit den Anwohnern soll eine für alle Beteiligten tragbare Lösung gefunden werden. Billigen Populismus insbesondere in dieser Debatte lehnen wir ab.

Wir regen eine nach objektiven Maßstäben bemessene Bezuschussung von Kultureinrichtungen an. Eine rein auf Gewinnerzielung gerichtete Einrichtung fällt nicht hierunter, diese soll sich dem Wettbewerb am Markt stellen. Zudem sollten Fördermittel nicht aus politischen, sondern aus kulturellen Gründen vergeben werden.

Die JU Heidelberg fordert eine Aufhebung des Alkoholverkaufsverbots nach 22.00 Uhr.

## **Sicherheit**

Ebenso wie die Polizei die Pflicht hat, unsere Bürger zu schützen, hat der Staat die Pflicht, die Polizei zu schützen. Die JU Heidelberg fordert daher einen sofortigen Start des Pilotbetriebs von „Bodycams“ für Polizeibeamte in Heidelberg. Eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte lehnen wir hingegen ab. Die bestehenden Möglichkeiten zur Identifikation sind vollkommen ausreichend.

Die JU Heidelberg fordert in Übereinstimmung mit der Polizei in Heidelberg die Einrichtung eines eigenen Polizeipräsidiums.

Die Anzahl von Wohnungseinbrüchen hat massiv zugenommen. Wir stehen daher für eine bessere Prävention von Wohnungseinbrüchen, insbesondere durch eine höhere Präsenz des Streifenbetriebs in den einzelnen Stadtteilen.

Die Stadt Heidelberg soll ein „Jugendtaxi“ einführen. So kann effektiv verhindert werden, dass Jugendliche und junge Erwachsene Opfer von Straftaten werden oder alkoholisiert am Straßenverkehr teilnehmen.

Wir fordern die Einführung eines allgemeinen Vermummungsverbots im öffentlichen Raum. In unserer offenen demokratischen Gesellschaft ist die Teilnahme am kommunikativen Verkehr Grundvoraussetzung.

Die JU Heidelberg fordert eine Entlastung der Polizei durch die Einstellung von neuen Beamten. Die aktuelle Situation ist für die Beamten, die an der Belastungsgrenze arbeiten, nicht mehr tragbar.

## **Stadtentwicklung und Verkehr**

Die Junge Union Heidelberg setzt sich für eine konsequente Weiterverfolgung der Pläne für das Modell „Stadt an den Fluss“ ein. Nur durch eine unterirdische Verlegung des moto-

risierten Individualverkehrs kann eine leistungsfähige Verkehrsführung gewährleistet und die natürliche Schönheit des Neckarufers aufrechterhalten werden.

Um einem Verkehrsinfarkt vorzubeugen, hält die JU Heidelberg die fünfte Neckarquerung für unabdingbar.

Ein Wissenschaftsstandort wie Heidelberg mit Millionen von Besuchern im Jahr benötigt dringend ein konkurrenz- und leistungsfähiges Kongresszentrum, damit ein Diskurs angemessen vor Ort stattfinden kann.

Wir fordern eine engere Taktung der Moonlinerbusse sowie eine Ausweitung auf die gesamte Woche. Gerade in Studentenstädten wie Heidelberg findet ein großer Teil des Nachtlebens auch unter der Woche statt.

Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnen wir ab. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung sollte sich an konkreten Gefahren- und Unfallschwerpunkten orientieren.

Wir fordern die Einführung einer Maut für die Nutzung deutscher Autobahnen. Dieses Modell ist europarechtskonform auszugestalten.

## **Finanzen**

Entsprechend der Forderung nach einem eigenen Wirtschaftsministerium fordern wir die Einführung eines eigenen Finanzministeriums. Die Verwaltung des Haushalts ist komplex und sollte frei von eigenen Ausgabeinteressen geschehen.

Die JU Heidelberg steht für die Einführung einer Flexirente, die Arbeitnehmern einen flexiblen Übergang in den Ruhestand ermöglicht. Die Rente mit 63 ist in einer alternden Gesellschaft ein Schritt in die falsche Richtung und belastet zukünftige Generationen über Gebühr. Stattdessen sollten Arbeitnehmer, die dies können und wollen auch nach dem Erreichen des Renteneintrittsalters noch arbeiten können. Von deren Erfahrung können

viele der jüngeren Kollegen profitieren.

Die JU Heidelberg unterstützt grundsätzlich die Gründung eines Rings politischer Jugend (RpJ) auf Stadtebene in Heidelberg mit einer zusätzlichen Mittelausstattung, deren Verteilung sich an den Mitgliederzahlen orientiert. Die Mitgliedschaft in einem solchen RpJ ist nur Jugendorganisationen zu gestatten, deren „Mutterparteien“ im Landtag vertreten sind.

Wir fordern die Einführung eines landeseigenen Erziehungsgelds, finanziert durch die Mittel die im Bundeshaushalt durch die Aussetzung des Erziehungsgelds frei werden. Diese müssen an die Länder weitergeleitet werden, statt aus ideologischen Gründen einem bestimmten Zweck zugewandt zu werden.

Wir fordern die erneute Einführung von Studiengebühren. Ein entsprechendes Modell könnte wie folgt aussehen:

Die Studenten haben die Wahl zwischen einer semesterweisen Gebührenabführung und einem sogenannten „umgekehrten Generationenvertrag“. Die Wahl der semesterweisen Gebührenabführung soll durch finanzielle Anreize attraktiv gemacht werden.

Beim „umgekehrten Generationenvertrag“ sind die Studiengebühren nach Abschluss des Studiums zu bezahlen. Dabei richten sich die zu zahlenden Raten prozentual nach dem Einkommen. Eine Deckelung der Höhe der und eine Maximallaufzeit der Gebührenzahlung ist vorzusehen.

Der Länderfinanzausgleich in seiner gegenwärtigen Form muss abgeschafft werden. Schlechtes Haushalten und Sonderleistungen aus politischen Gründen dürfen sich nicht „durch die Hintertür“ lohnen.

Wir fordern die Prüfung einer möglichen Zusammenlegung von finanzschwachen Bundesländern zur Kostenoptimierung.

Wir fordern eine Beschränkung auf maximal einen parlamentarischen Staatssekretär pro Ministerium. Das Amt des Staatssekretärs ist keine Belohnung für verdiente Parteisoldaten.

### **Bildung, Wissenschaft und Hochschule**

Die JU Heidelberg fordert die Wiedereinführung einer verpflichtenden Grundschulempfehlung mit Notenbegrenzung für das Gymnasium. Bis zu einer Note von 2,0 ist ein Wechsel auf das Gymnasium möglich, zwischen den Noten 2,0 und 2,5 kann ein Aufnahmetest absolviert werden.

Wir fordern die schrittweise Abschaffung von Gemeinschaftsschulen und sprechen uns klar für das dreigliedrige Schulsystem aus.

Wir fordern, dass kein verstörender „Aufklärungsunterricht“ stattfindet. Die sexuelle Bildung von Jugendlichen ist wichtig, sollte aber frei von Ideologien geschehen.

Die JU Heidelberg fordert ein verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder. So können beispielsweise Sprachdefizite behoben werden, bevor die Kinder in die Schule kommen.

Jedes Gymnasium soll ein Wahlrecht hinsichtlich G8 oder G9 haben, sofern eine Schule im erreichbaren Umkreis liegt, an der das jeweils andere Modell angeboten wird. Andernfalls muss die Schule beide Zweige anbieten.

Inklusion von Menschen mit Behinderung ist der JU Heidelberg sehr wichtig. Allerdings ist das Gymnasium sowohl für Kinder mit Behinderung als auch für deren Mitschüler nicht der geeignete Ort, Inklusion um jeden Preis durchzusetzen. Wir fordern daher keine Inklusionsprogramme ab spätestens der Sekundarstufe I.

Wir fordern die Abschaffung von verfassten Studierendenschaften in der jetzigen Form. Studentische Mitbestimmung soll jedoch auch weiterhin in den vorhandenen Gremien stattfinden.

Eine Nutzung studentischer Zwangsgebühren für politische Zwecke lehnen wir ab.

## **Familie**

Die JU Heidelberg fordert die steuerliche Begünstigung von Familien mit Kindern, nicht von Ehen. Wir setzen uns daher für die zeitnahe Umsetzung eines Familien- anstelle eines Ehegattensplittings ein. Bis zur Umsetzung dieses Familiensplittings fordern wir die deutliche Erhöhung des Kindergeldsatzes ab dem dritten Kind.

## **Asyl**

Die JU Heidelberg fordert, das Asylrecht als solches zu betrachten. Asyl ist ein temporärer Schutz für Verfolgte und nicht ein Recht auf Migration und Familiennachzug

Wir fordern, dass die Dubliner Abkommen wieder eingehalten werden sowie die Einführung eines europaweiten Verteilungsschlüssels für Flüchtlinge, der auch konsequent umgesetzt wird.

Die JU Heidelberg fordert die Prüfung und im Regelfall die direkte Abweisung von Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsländern an der Grenze in Transitzone.

Wir regen einheitliche Versorgungsleistungen innerhalb der Europäischen Union an, die dem Median der Lebenshaltungskosten in der Union entsprechen.

Asylbewerber müssen sich von Beginn an an die geltenden Werte der deutschen Gesellschaft halten und diese respektieren. Dazu müssen sie sich bei ihrer Registrierung ausdrücklich bekennen. Dies ist in einem schriftlichen Vertrag festzuhalten. Nur wer sich den demokratischen und gesellschaftlichen Werten der Bundesrepublik unterwirft, kann ein Bleiberecht erlangen.

Bei abgelehnten Asylanträgen soll der Instanzenzug, der häufig nur zu einer Verzögerung der Abschiebung beschränkt wird, abgeschafft werden. Eine einmalige Entscheidung durch



einen Richter über die Ablehnung entspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen und beschleunigt die Asylverfahren.

Die JU Heidelberg fordert eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb des Bundes entsprechend des Königssteiner Schlüssels. Als Ultima Ratio ist eine kontrollierte Grenzsicherung an den deutschen Grenzen einzuführen.

Es dürfen in Flüchtlingsunterkünften und Siedlungen keine Parallelgesellschaften entstehen. Hier muss frühzeitig und mit konkreten Maßnahmen gegengesteuert werden.

Wir fordern eine Entemotionalisierung der öffentlichen Flüchtlingsdebatte.